

Aktenzeichen: 3 AZR 593/86

Bundesarbeitsgericht 3. Senat

Versäumnisurteil vom 6. September 1986
- 3 AZR 593/86 -

I. Arbeitsgericht
Münster

Urteil vom 25. August 1978
- 1 Ca 137/78 -

II. Landesarbeitsgericht
Hamm

Urteil vom 19. Juni 1986
- 13 Sa 1709/84 -

Für die Amtliche Sammlung: Nein
Für die Fachpresse: Nein
Für das Bundesarchiv: Nein

Entscheidungsstichwort:

Widerruf einer Unterstützungskassenversorgung

Gesetz:

ArbGG § 72 Abs. 5; ZPO § 557, § 542 Abs. 2, §§ 330, 708
Ziffer 2

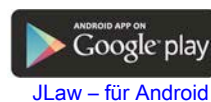
Leitsätze:

K e i n e

Hinweise des Senats: Urteil des Senats vom 5. Juni 1984
- 3 AZR 33/84 -



[JLaw – Gesetze und Urteile](#)
Kostenlos
Über 200 Gesetze
Über 100.000 Urteile
[\(mobile App\)](#)



[JLaw – für Android](#)



[JLaw – für iOS](#)

3 AZR 593/86

13 Sa 1709/84 Hamm

Verkündet am
6. September 1988

Noll,

Reg.-Hauptsekretärin
als Urkundsbeamter
der Geschäftsstelle

Rechtskräftig
Kassel, den 26. September 1988
Richter, Oberamtsrat
als Urkundsbeamter
der Geschäftsstelle

Im Namen des Volkes!

Versäumnisurteil

In Sachen

pp.

hat der Dritte Senat des Bundesarbeitsgerichts aufgrund der
mündlichen Verhandlung vom 6. September 1988 durch den Vorsit-



JLaw – Gesetze und Urteile
Kostenlos
Über 200 Gesetze
Über 100.000 Urteile
[\(mobile App\)](#)



[JLaw – für Android](#)



[JLaw – für iOS](#)

zenden Richter Dr. Heither, die Richter Schaub und Griebeling sowie die ehrenamtlichen Richter Prof. Dr. Krems und Paul-Reichart für Recht erkannt:

1. Die Revision des Beklagten gegen das Urteil des Landesarbeitsgerichts Hamm vom 19. Juni 1986 - 13 Sa 1709/84 - wird zurückgewiesen.
2. Der Beklagte hat die Kosten der Revision zu tragen.
3. Das Urteil ist wegen der Kosten vorläufig vollstreckbar.

V o n R e c h t s w e g e n !

Tatbestand und Entscheidungsgründe:

Der im Berufungsrechtszug unterlegene Beklagte hat gegen das Urteil des Landesarbeitsgerichts Revision mit dem Ziel eingelegt, das Urteil der II. Instanz aufzuheben und die Klage abzuweisen. In dem auf den 6. September 1988 anberaumten Termin zur mündlichen Verhandlung war er trotz ordnungsmäßiger Ladung, die am 3. Juni 1988 dem Prozeßbevollmächtigten des Beklagten zugestellt worden ist, nicht vertreten. Dem Antrag der Kläger auf Erlaß des Versäumnisurteils gegen den Beklagten war daher gemäß § 72 Abs. 5 ArbGG, § 557, § 542 Abs. 1, § 330 ZPO ohne weitere Sachprüfung mit den Nebenfolgen aus den § 97 Abs. 1, § 708 Ziff. 2 ZPO zu entsprechen.



JLaw – Gesetze und Urteile
Kostenlos
Über 200 Gesetze
Über 100.000 Urteile
[\(mobile App\)](#)



-3-

Gegen dieses Versäumnis-Urteil ist der Rechtsbehelf des Einspruchs zulässig. Der Einspruch kann binnen einer Frist von zwei Wochen seit Zustellung des Urteils durch einen bei einem deutschen Gericht zugelassenen Rechtsanwalt bei dem Bundesarbeitsgericht, Graf-Bernadotte-Platz 5, 3500 Kassel-Wilhelmshöhe, eingelegt werden.

Dr. Heither

Schaub

Griebeling

Dr. Krems

Paul-Reichart



JLaw – Gesetze und Urteile
Kostenlos
Über 200 Gesetze
Über 100.000 Urteile
[\(mobile App\)](#)



[JLaw – für Android](#)



[JLaw – für iOS](#)



JLaw – Gesetze und Urteile
Kostenlos
Über 200 Gesetze
Über 100.000 Urteile
[\(mobile App\)](#)



[JLaw – für Android](#)



[JLaw – für iOS](#)